

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/3234 –

Rechte Institute

In der „Jungen Freiheit“ erschien ein Artikel, in dem Planungen für ein Institut der „Neuen Rechten“ dargelegt werden. In dem Artikel heißt es: „Nach Informationen der Jungen Freiheit bemüht sich ein Kreis von Wissenschaftlern und Förderern in Zusammenarbeit mit dem Göttinger Historiker und konservativen Publizisten K. W. um die Initiierung eines alternativen Instituts, das eine Plattform für unabhängige Forschung und Bildungstätigkeit bietet. (...) Bereits Ende letzten Jahres hatte K. W. in einem Gespräch mit dieser Zeitung die Notwendigkeit einer institutionellen Alternative zur etablierten Forschung und tendenziösen Einrichtungen der Linken formuliert. Er sehe die Notwendigkeit eines >Reemtsma-Instituts von rechts<, eines >politischen Kollegs<, das Forschung, Information und Orientierung miteinander verknüpfen solle“ (Junge Freiheit, 11. Februar 2000).

In einem Interview mit dem rechtsextrem durchsetzten „Ostpreußenblatt“ hatte K. W. ausgeführt, dass es mittlerweile ein Konzept für ein derartiges neurechtes Institut gibt. K. W. in dem Interview: „Und wenn mich nicht alles täuscht – stehen die Chancen für eine solche Initiative derzeit besser als noch vor fünf oder zehn Jahren.“ (Ostpreußenblatt, 5. Februar 2000).

Die „Junge Freiheit“ schreibt abschließend: „Gegenüber der JF bestätigte K. W., dass es bereits Vortreffen mit interessierten Historikern und Förderern eines solchen Instituts gegeben habe. Namen könne er jetzt noch nicht nennen (...). Hauptproblem scheint aber die Finanzierungsfrage zu sein. Deshalb sei vom Initiatorenkreis geplant, sich demnächst mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu wenden, der einen breiteren Kreis zur Unterstützung auffordert.“ (Junge Freiheit, 11. Februar 2000).

Die „Junge Freiheit“ vermittelt den Eindruck, als gäbe es in der Bundesrepublik Deutschland noch keinerlei rechtsextreme Institute. Dabei wird aber geschichtsrevisionistische, rassistische und antidemokratische „Forschungs-“ und „Bildungsarbeit“ an einer ganzen Reihe von Instituten betrieben, wie z. B. der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, dem „Archiv der Zeit“, der „Hoggan-Stiftung“, dem „Schutzbund für das deutsche Volk“, dem „Institut für deutsche Nachkriegsforschung“, um nur einige zu nennen, oder den größeren, rechtsextrem durchsetzten Denkfabriken aus den Vertriebenenver-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 3. Mai 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

bänden, den militaristischen Traditionsverbänden und im Umfeld der studentischen Verbindungen.

Vorbemerkung

Rechtsextremisten haben in der Vergangenheit gelegentlich Einrichtungen gegründet, welche sie selbst als „Institute“ bezeichnet haben. So haben sie versucht, ihren Aktivitäten einen „wissenschaftlichen Anstrich“ zu geben, um auf diese Weise größere Bedeutung zu erlangen.

Bisherige Gründungen konnten sich jedoch institutionell nicht breiter verankern. Dazu hätte die kontinuierliche Durchführung von Kongressen, die Einrichtung von eigenen Archiven und Bibliotheken, die regelmäßige Herausgabe von Zeitschriften und anderen Publikationen und eine wissenschaftlich wie organisatorisch qualifizierte Leistung gehört. Höchstens ansatzweise erfolgreich in diesem Sinne ist beispielsweise das „Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte“, das sich allerdings auf die Publizistik beschränkt; es gibt die rechtsextremistische Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ sowie eine Buchreihe im rechtsextremistischen Grabert-Verlag, Tübingen, heraus. Ähnliches gilt für die Organisation „Kultur- und Zeitgeschichte – Archiv der Zeit e. V.“, die ausschließlich revisionistische Publikationen, wie die „Hefreihe zur Geschichte des 20. Jahrhunderts“, herausgab. Auch der „Schutzbund für das Deutsche Volk e. V.“ veröffentlicht lediglich Flugblätter und Rundbriefe und führt gelegentlich Vortragsveranstaltungen durch.

Einen ernstzunehmenden Einfluss in Öffentlichkeit und Wissenschaft konnten diese Einrichtungen damit aber nicht entfalten.

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den oben beschriebenen Versuch, ein neues Institut im Umfeld der „Neuen Rechten“ zu gründen?
2. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die zu diesem Thema öffentlich in der neurechten bzw. rechtsextremen Presse geführte Debatte?
3. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über bisherige Vortreffen zum Aufbau eines derartigen neurechten Instituts und welche Absichtserklärungen und Zielsetzungen für ein derartiges Institut wurden hier getroffen?
4. Welchem politischen Spektrum gehören nach Kenntnis der Bundesregierung die Teilnehmer dieser Vortreffen an?
5. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über bereits bestehende neurechte, rechtsextreme bzw. rechtsextrem durchgesetzte Institute bezogen auf deren personelle Größe, deren Aktivitäten und deren Einflussmöglichkeiten?

Der Bundesregierung sind die in der Vorbemerkung zu der Kleinen Anfrage zitierten Pläne zur Gründung eines „Instituts“ bekannt. Ob mit der Errichtung einer solchen Einrichtung verfassungsfremde Ziele verfolgt werden sollen, lässt sich zurzeit nicht beurteilen. Die zuständigen Sicherheitsbehörden werden die weitere Entwicklung in diesem Bereich sorgfältig beobachten.